

„RED III ist der Schlüssel für unsere Energieunabhängigkeit“



Markus Pieper (EVP) ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament und Berichterstatter der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED III).

Um die Erneuerbaren in der EU schnell auszubauen, müssen den Mitgliedsstaaten Freiräume gelassen werden, meint Markus Pieper (EVP). Der Europaabgeordnete verhandelt derzeit die neue Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III). Im Interview erzählt er, warum der Markt oft besser ist als feste Quoten und es mehr Pragmatismus beim Thema Wasserstoff braucht.





Herr Pieper, die RED III ist sehr breit angelegt und soll den Einsatz erneuerbarer Energien in den verschiedenen Sektoren fördern. Welche Rolle spielt sie heute angesichts der Situation mit Russland?

Die RED ist ein Schlüsselinstrument, um die EU energietechnisch unabhängiger zu machen. Durch mehr grüne Energie bei uns und durch eine breit angelegte, diversifizierte Strategie für grüne Importmärkte.

EU-Vizepräsident Frans Timmermans hat kürzlich angekündigt, die Erneuerbaren-Ziele der EU erhöhen zu wollen. Das bisher anvisierte, neue Ziel von 40 Prozent hatten Sie damals als „sehr ehrgeizig“ bezeichnet. Nun haben Sie selber 45 Prozent vorgeschlagen. Warum geht das plötzlich?

Durch Putins Angriffskrieg müssen wir noch einmal schneller aus der fossilen Abhängigkeit raus. Ich habe deshalb 45 Prozent mit einem Änderungsantrag ins Spiel gebracht hat. Aus Überzeugung, dass das geht, dass das jetzt gehen muss. Dafür muss die Kommission nun aber sehr schnell ihre Folgenabschätzung der RED III anpassen, wir können keine Experimente wagen, erst recht mit Blick auf die Versorgungssicherheit und Verfügbarkeit der Erneuerbaren.

Der Industrieausschuss hat die Kommission schon vor Wochen aufgefordert, auch Szenarien über 45 Prozent hinaus zu prüfen. Das lassen wir derzeit parallel auch vom wissenschaftlichen Dienst des Parlaments untersuchen. Außerdem muss die Kommission, wenn sie die Erneuerbaren-Ziele verschärfen möchte, weitere Instrumente auf den Tisch legen. Die fehlen uns noch.

Welche zusätzlichen Instrumente bräuchte es?

Zum einen eine stärkere Nutzung der Synergien des Binnenmarktes. Konkret ein „Update“ der transnationalen Energienetze, mehr Interkonnektoren, mehr grenzüberschreitende Grünstromprojekte, davon gibt es bislang viel zu wenig. Das Geld für Investitionen ist da, beispielsweise im Recovery Fund, aber nichts davon findet seinen Weg in

grenzüberschreitende Infrastrukturen. Das versuche ich mit der RED III zu ändern, soweit es geht. Zum Beispiel mit den Punkten, dass jeder Mitgliedsstaat mindestens zwei transnationale Energieprojekte angehen muss und Off-Shore-Projekte einer verbindlicheren Koordinierung bedürfen. Und zum anderen braucht es ein wirkungsvolles Instrument zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Auch die Ampelkoalition hat sich groß auf die Fahnen geschrieben, Genehmigungen beispielsweise für Windräder stark zu straffen. Unter anderem möchte sie die Artenschutz-Anforderungen bundeseinheitlich *standardisieren* (<https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/bund-legt-windrad-abstaende-zu-vogelnestern-fest>). Wie kann eine EU-Regelung bei so etwas helfen?

Indem sie mit der RED Erneuerbaren-Anlagen als Projekte öffentlichen Interesses deklariert, wie meine Änderungsanträge zur RED es vorsehen. Bei der Windkraft soll in Zukunft der Bestand der Tierpopulation im Vordergrund stehen, nicht mehr das einzelne Tier, wie es die deutsche Regierung ja jetzt auch plant. Das ist ein pragmatischer Ansatz, leider aber mit der Rechnung ohne den Wirt. Denn für eine solche Regelung fehlt bisher das grüne Licht aus Brüssel, sie droht durch EU-Recht und FFH-Vorgaben (die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, Anm. d. Red.) blockiert zu werden.

Wenn der Populationsansatz auch auf EU-Ebene verankert wäre, wäre das ein Quantensprung für die Windenergie. Aber ich bin nicht sicher, ob wir hierfür eine Mehrheit in den Ausschüssen, geschweige denn im Plenum bekommen werden. Aber es wäre schon paradox, wenn die Vorschläge eines grünen Bundesministers in Berlin durch grüne Abgeordnete in Brüssel blockiert würden. Die Verhandlungen unter uns Berichterstattern gestalten sich derzeit schwierig, wenn es um Kompromisse bei der Biodiversität geht.

Die Kommission will REPowerEU, ihr Maßnahmenpaket für europäische Energieunabhängigkeit, am 18. Mai vorstellen.

Durchkreuzt das nicht komplett die Verhandlungen um die RED III? Kommt stattdessen eine RED IV?

Ja, das bringt in der Tat einiges durcheinander. Die Kommission will demnächst viele neue Dinge vorschlagen, unter anderem auch einen delegierten Rechtsakt mit Kriterien zur Herstellung grünen Wasserstoffs. Das Kabinett von Herrn Timmermans möchte am liebsten, dass wir das alles noch vor der Sommerpause durchbekommen. Ich sage: Lieber alles gut aufeinander abstimmen und es dann direkt nach der Sommerpause beschließen. Der 18. Mai ist zwar relativ spät, aber es würde zeitlich gerade noch reichen, die Vorschläge in die RED III einzubauen.

Besagter delegierter *Rechtsakt*

(<https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/eu-praezisiert-vorgaben-fuer-elektrolysebetrieb>) schreibt sehr strikte Bedingungen zur Herstellung grünen Wasserstoffs vor. Sie stemmen sich dagegen – warum?

Das stimmt, ich lehne das für die Startphase ab. Denn unter anderem möchte die Kommission, dass der zur Wasserstoffproduktion verwendete Strom nur aus zusätzlichen Erneuerbaren-Anlagen generiert werden darf. Dann bekommen wir den Wasserstoff-Hochlauf aber niemals hin, dafür mangelt es absehbar an Wind- und Solaranlagen und der kurzfristig notwendigen Fläche – Stichwort auch hier mehrjährige Genehmigungsverfahren.

Lehnen Sie den Rechtsakt also ab?

Schon durch den Berichtsentwurf der RED III muss der Kommission doch klar sein, dass sie am 18. Mai keine Lösungen präsentieren kann, die Wasserstoff blockieren, wenn sie keinen Konflikt mit dem Parlament will. Vorsorglich ist bei mir die Additionalität ganz gestrichen, natürlich sind wir aber offen für pragmatische Lösungen. Außerdem möchten wir mit der RED III den indirekten Handel von grünem Wasserstoff über Herkunftsnachweise ermöglichen. Ähnlich wie bei Ökostromlabels würden die Kunden dann nicht zwangsläufig mit dem grünen Wasserstoff beliefert, den sie gekauft haben, aber er wäre dennoch zusätzlich im

Markt. So ließe sich der Hochlauf von grünem Wasserstoff – hoffentlich im Einklang mit dem delegierte Rechtsakt – unterstützen.

Sie lehnen die Vorgabe der Kommission, bis 2030 mindestens 50 Prozent grünen Wasserstoff in der Industrie zu haben, ab. Dafür wollen Sie teilweise kohlenstoffarme Gase – auch blauen oder türkisen Wasserstoff – zulassen. Das ist einer der Hauptkritikpunkte an ihrem Entwurf (<https://background.tagesspiegel.de/energie-klima/eu-parlament-pakt-erneuerbaren-richtlinie-an>) der RED III. Warum sollten wir nicht alles auf grünen Wasserstoff setzen?

Ich bin sehr für ambitionierte Ziele und schlage für 2035 sogar 75 Prozent grünen Wasserstoff vor. Aber der Flaschenhals sind die nächsten Jahre. Ich habe Sorge – und das stützen viele Experten – dass wir bis 2030 keine ausreichenden Mengen grünen Wasserstoffs haben werden. Und wenn wir die 50 Prozent grün nicht erreichen können, sollten wir für einige Prozentpunkte doch wenigstens Vorgaben für low-carbon machen, sonst wird es eng mit den Pariser Vorgaben. Immerhin müssen kohlenstoffarme Gase 70 Prozent weniger CO₂ emittieren als fossile Gase. Das ist doch kein Teufelszeug, sondern die Brücke hin zu unseren Klimaschutzzielen.

Dafür habe ich viel Kritik bekommen. Viele meinen, das gehört nicht in die RED III, sondern in das Gaspaket der EU. Letztendlich ist mir das gleich, solange wir eine vernünftige Regelung bekommen, um kohlenstoffarmem Wasserstoff eine Perspektive zu geben. Außerdem habe ich mit den Änderungsvorschlägen auch klar gemacht, dass die kohlenstoffarmen Gase nicht auf das 45-Prozent-Ziel für Erneuerbare Energien angerechnet werden dürfen.

Die RED III setzt auch Mindestquoten für erneuerbare Energien im Gebäudesektor. Sie kritisieren die Quotenvorgaben und Regulierungen in der EU-Gebäuderichtlinie und verweisen auf den Emissionshandel. Ist das wirklich der beste Weg in einem so wandlungsträgen Sektor?

Für mich ist der Emissionshandel die Garantie, dass wir die Pariser Ziele erreichen. Wenn man dem Gebäudebereich nur bestimmte Menge an

Zertifikaten zugesteht, wird es extrem teuer für alle, die nicht in neue Heiz- oder Kühlsysteme investieren, was automatisch und marktwirtschaftlich getrieben zu den Erneuerbaren führt.

Aber eine zusätzliche Lenkung über Quoten schadet doch nicht?

Indikativ und um ein Monitoring für den Ausbau der Erneuerbaren zu haben, sicherlich nicht. Aber was jetzt in Sachen verbindliche Sektorregulierungen unterwegs ist, heißt Doppelbelastung. Massive Sanierungskosten, ETS-Kosten und kriegsgetriebene Höchstpreise für Energie passen nicht zusammen. Ich finde deshalb, dass man sich für die Einführung des ETS in Gebäuden und Transport die notwendige Zeit nehmen muss.

Im Herbst sollen die Verhandlungen mit dem Rat über die RED III beginnen. Fürchten Sie, dass die Mitgliedsstaaten den Rechtsakt verwässern könnten?

Die Signale, die ich bekomme, sind erstmal nicht schlecht – beispielsweise bei den grenzübergreifenden Projekten, den beschleunigten Genehmigungsverfahren oder auch den Innovationsquoten für Erneuerbare. Bei der Importstrategie werden die Regierungen auch mitziehen, bei Low-Carbon-Ansätzen wird's schwierig, schon im Parlament. Das höhere Ziel von 45 Prozent wird von vielen auch unterstützt, aber natürlich nicht von allen. Gut möglich, dass wir am Ende mit etwas weniger herauskommen werden, aber nicht viel. Ich gehe also sehr optimistisch in den Trilog, dass wir am Ende eine starke RED III haben werden, die als ein Schlüssel für unsere Energieunabhängigkeit dienen wird.

Das Interview führte Florence Schulz.